

VERTRAULICH

P r o t o k o l l

der Sitzung der Konsultativen Kommission für die Handelspolitik  
vom 29. Oktober 1976, 9.45 h, in Bern  
(Sitzungszimmer des Eidg. Militärdepartements)

---

- Vorsitz: Botschafter P.R. Jolles
- Anwesende Kommissionsmitglieder: Botschafter K. Jacobi, Minister G. Bauer, Mme D. Berthoud, Dr. B. Gruber, Direktor R. Juri, Botschafter G. Lepori, Botschafter Languetin, Direktor M. Ludwig, Dr. B. Müller, Dr. M. Oetterli, Direktor O. Pernet, Dr. A. Raduner, Prof. P. Risch, Dr. R. Sarasin, Prof. F. Schaller, Nationalrat R. Suter, Dr. G. Winterberger
- Ferner anwesend: Botschafter P. Bettschart und A. Dunkel, Dr. B. Eberhard
- Protokoll: deutsch: H. Weyermann, E. Contestabile  
französisch: Dr. G. Andrey
- Traktanden:
1. Orientierung und Aussprache über aktuelle aussenwirtschaftliche Probleme; (Nord-Süd-Dialog, europäische Zusammenarbeit, Exportförderung etc.).
  2. GATT, insbesondere Erweiterung des schweizerischen Schemas der Allgemeinen Zollpräferenzen.
-

Herr Jolles:

Entgegen der Ankündigung in der Einladung möchte ich das Schwergewicht der heutigen Aussprache auf den Nord-Süd-Dialog legen, der in der Schlussphase steckt, und, sofern Sie damit einverstanden sind, auf Probleme der europäischen Zusammenarbeit nur am Rande eingehen, da derzeit keine Weichenstellung bevorsteht. Wenn es Ihnen recht ist, werde ich auch auf eine Orientierung über die Fragen der Exportförderung verzichten; der Öffentlichkeit ist letzte Woche hierüber eingehend Aufschluss erteilt worden. Eine Doppelspurigkeit möchte ich vermeiden. Was schliesslich die Erweiterung des schweizerischen Schemas der Allgemeinen Zollpräferenzen anbelangt, die Bestandteil der gegenwärtigen Zollverhandlungen im GATT bilden, habe ich in Aussicht genommen, diesen Aspekt am Schlusse meiner einleitenden Ausführungen zu behandeln. (Die Kommission stimmt diesem Vorgehen zu.)

### I. Die Nord-Süd-Beziehungen

Die Nord-Süd-Beziehungen stellen ein altes Problem dar, das jedoch neue Dimensionen annimmt. Seit dem Zweiten Weltkrieg und der Entkolonialisierungszeit bemüht man sich, die Selbständigkeit und die Wirtschaftslage der Entwicklungsländer zu fördern. Diese Bemühungen sind inzwischen zu einem zentralen Anliegen geworden. Die heutige Situation zeichnet sich durch folgende Elemente aus: - erstens hat das Nord-Süd-Problem wegen Störung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts neue Dimensionen angenommen. Störungen wie hohe Zahlungsbilanzdefizite, Inflation, Rezession und Erdölkrise haben die Interdependenz der Weltwirtschaft deutlich werden lassen. Ein neues Gleichgewicht kann aber nicht gefunden werden, solange nicht alle Länder ihren Beitrag leisten. - Zweitens vollzieht sich eine wirtschaftliche Differenzierung der Dritten Welt: sehr reiche Erdölländer; sehr arme, zurückgebliebene Entwicklungsländer und dazwischen eine Gruppe von Ländern wie Brasilien, Mexiko, Süd-Korea, mit einem Entwicklungsstand, der mit jenem Spaniens und Portugals vergleichbar ist. - Die dritte Aenderung betrifft die politische Dimension: die Verhandlungsstärke scheint ausgeglichener. Die Industrieländer können nicht mehr das Monopol der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Macht beanspruchen. Die Abhängigkeit der Industrieländer von Rohstoffen - Erdöl - ist erwiesen.

Aus diesen Gründen nimmt die Nord-Süd-Diskussion heute einen anderen Verlauf: es werden Forderungen an die Industrieländer gestellt, und die Gefahr einer Konfrontation ist nicht auszuschliessen. Das Postulat einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist eine Herausforderung an das marktwirtschaftliche System, da vermehrte staatliche Interventionen verlangt werden.

Der Nord-Süd-Dialog hat bisher eine gemeinsame Lagebeurteilung ergeben. Das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit ist vorhanden, es besteht jedoch Uneinigkeit über die Zweckmässigkeit der Massnahmen. So haben die Entwicklungsländer eine feste Konzeption von Interventionen - Manila-Deklaration - während die Industrieländer nur in Ansätzen Lösungsmöglichkeiten präsentiert haben.



- 2 -

Im Augenblick bestehen verschiedene Verhandlungsfronten, aber die zentrale Auseinandersetzung findet in Paris, an der Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) statt, deren 27 Teilnehmer rund drei Viertel des Welthandels und 72 % des Welt-Bruttosozialprodukts auf sich vereinigen.

Es ist ausgeschlossen, dass man an der KIWZ juristische Verpflichtungen vereinbaren kann, da nur 27 Delegationen teilnehmen. Aber sie kann dazu beitragen, die Meinungsverschiedenheiten an den verschiedenen Verhandlungsorten zu reduzieren und einen Durchbruch in diesen Verhandlungen zu erreichen.

Es gab vier Gründe, weshalb sich die Schweiz bemühte, in der Gruppe der 27 vertreten zu sein:

1. die grosse Abhängigkeit von der Energie;
2. die starke aussenwirtschaftliche Verflechtung;
3. die Möglichkeit der Mitsprache: als Nicht-Mitglied der UNO oder der EG werden wir grundsätzlich nicht aus erster Hand über das Geschehen informiert, dies im Gegensatz zu anderen Kleinstaaten wie Luxemburg, den Niederlanden, Belgien und Dänemark, die im Rahmen der EG-internen Koordination stets konsultiert werden müssen. Durch unsere Teilnahme an der Konferenz können wir diesen Informationsrückstand wettmachen und uns einschalten;
4. da wir sehr aktive Beziehungen mit den Entwicklungsländern haben, möchten wir uns gegenüber den EG und den USA profilieren und eigene marktwirtschaftliche Konzeptionen vertreten.

Allerdings sind mit diesem Engagement auch einige Risiken verbunden.

- Wir haben in diesem Kreis nur eine kleine Rolle als Vermittler zu spielen;
- eine Konfrontationsgefahr ist nicht auszuschliessen;
- das Ergebnis der Konferenz wird ein Konsens sein, folglich kann die Schweiz bei schwierigen Fragen (Finanzhilfe!) nicht in Ausstand treten.

#### Aussichten der KIWZ

Heute kann man nicht erklären, dass sie erfolgreich ausgehen werde. Es ist nicht gewiss, ob an der Schluss-Sitzung vom 15.-17. Dezember eine Einigung gefunden werden kann.

Die Entwicklungsländer haben über 150 schriftliche Vorschläge eingereicht. Die Befürchtung, dass eine Konfrontation resultiert, wenn die Industrieländer nur eine beschränkte Anzahl davon akzeptieren, scheint allerdings nicht mehr gerechtfertigt. Dies erstens deshalb, weil die Maximalforderungen nicht unbedingt im Interesse der Entwicklungsländer liegen, da sie das System zu stark strapazieren würden, und zweitens, weil die Industrieländer diese Vorschläge noch nie zuvor mit einer solchen Genauigkeit studiert haben.



Das Ergebnis der Konferenz dürfte ein Gesamtpaket sein:

1. Auf dem Energiesektor werden gemeinsame Verantwortungen der Produzenten und Konsumenten für eine Uebergangsperiode von 20-30 Jahren festgelegt, Konsultationsmöglichkeiten vorgesehen und eine gemeinsame Verantwortung für die Energieförderung in den erdölimportierenden Entwicklungsländern bestimmt werden.
2. Bei den Rohstoffen hofft man, einen Impuls für die Verhandlungen in der UNCTAD geben zu können. Man versucht, die Marktkräfte nicht auszuschalten, wohl aber das Einkommen der Produzenteländer zu verbessern sowie die Kaufkraft zu stabilisieren und massive Preisschwankungen einzudämmen.
3. In den Sektoren Ernährung, Industrialisierung, Handel und Investitionen wird es um Beiträge zur Förderung der Entwicklungsländer gehen.
4. Im Finanzbereich soll der internationale Finanzierungsmechanismus gestärkt und eine Lösung des Problems der hohen Aussenverschuldung (134 Milliarden Dollar, 18 Milliarden Schuldzinsen) durch eine Konsolidierung, einen Erlass der Schulden oder durch erhöhte Finanzhilfe gefunden werden.

#### Hauptanliegen der Schweiz

1. Interesse am Gelingen der Konferenz, damit eine Entspannung und Ansatzpunkte zu einer Ueberwindung der Gleichgewichtsstörungen in der Weltwirtschaft gefunden werden.
2. Die Versorgungssicherheit für Erdöl und Rohstoffe soll verbessert werden.
3. Die Import- und Zahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer soll aufrechterhalten werden.
4. Das Investitionsklima in Entwicklungsländern soll verbessert werden.
5. Ein offenes Welthandelssystem soll gesichert bleiben.

#### Hauptprobleme für die Schweiz

1. Dirigistische Massnahmen gilt es zu vermeiden. Eine gewisse Präferenzierung der Entwicklungsländer könnte bekanntlich auch ohne starken Eingriff in die Marktwirtschaft herbeigeführt werden.
2. Alle Länder werden sich auf eine höhere staatliche Finanzhilfe einigen, was objektiv auch richtig und in den meisten Ländern am leichtesten durchzusetzen ist. Die Schweiz wird diesen Konsens nicht verhindern können. Es stellt sich daher die Frage, wie wir uns bei der negativen Einstellung des Souveräns und der prekären Bundesfinanzlage in diesem Punkte verhalten können. Banken und Exportindustrie sollten einen Anreiz für einen grösseren Einsatz privater Mittel sehen; dessen ungeachtet ist aber eine erhöhte staatliche Finanzhilfe notwendig.



3. Wie kann eine positivere Einstellung der Oeffentlichkeit für unerlässliche Leistungen erzielt werden?

## II. Die Allgemeinen Zollpräferenzen

Da wir Probleme bei der staatlichen Finanzhilfe haben, ist es für die Schweiz von Interesse zu zeigen, dass es auch noch die Gebiete des Handels und der privaten Investitionen gibt. So kann beispielsweise der Absatz von Produkten aus Entwicklungsländern durch einen erleichterten Marktzugang gefördert werden. Die Schweiz hat hier bereits Vorleistungen erbracht, da praktisch keine hohen Zölle und keine mengenmässigen Beschränkungen für Industrieprodukte bestehen. Deshalb sollte man relativ grosszügig auf die Begehren der Entwicklungsländer betreffend einen Zollabbau eintreten.

Das schweizerische Präferenzschema zugunsten der Entwicklungsländer wurde vor zwei Jahren durch die zweite Etappe vervollständigt. Sein Effekt für die Entwicklungsländer war bisher zwar gering, aber auch für die einheimische Industrie war er unbedeutend. Immerhin sind etwa 40 % der Importe aus Entwicklungsländern letztes Jahr unter dem Präferenzschema abgewickelt worden; für den Rest wurde auf die umständliche Formularabwicklung verzichtet.

Im Sinne einer Bestätigung geht es nun darum, dieses Präferenzschema etwas zu verbessern. Eine Arbeitsgruppe der Ständigen Wirtschaftsdelegation hat die verschiedenen Begehren der Entwicklungsländer geprüft und eine Liste von neuen Positionen für die Präferenzgewährung zusammengestellt. Es sind vor allem Produkte aus dem Landwirtschaftsbereich, bei dem im Unterschied zum Industriesektor bisher nur wenige Positionen im Schema eingeschlossen waren. Die Rückzugsklausel wird weiterhin aufrechterhalten.

Der Effekt ist eher optischer Natur und bietet inhaltlich wenig. Immerhin ist hervorzuheben, dass diese Zollkonzessionen von den Entwicklungsländern ausdrücklich gewünscht wurden und folglich von ihnen auch als nützlich erachtet werden.

Die 25 %ige Reduktion des Zolles auf Bananen erscheint auch für die Schweiz bedeutungsvoll. Dieser vorläufig auf drei Jahre befristete Präferenzzoll stellt einen Ausgleich dar zwischen den Interessen der Konsumenten und denen der Landwirtschaft.

### Monsieur Lepori:

Je félicite M. le président pour la clarté de son exposé. A propos de la Conférence sur la coopération économique internationale (CCEI), je voudrais savoir si la session ministérielle qui se tiendra à la mi-décembre aboutira à des résultats tangibles, c'est-à-dire s'il y a de part et d'autre une volonté d'aboutir.



Monsieur Jolles:

Cette volonté d'aboutir existe, qu'il s'agisse des pays industrialisés ou des pays en développement. Mais les difficultés sont grandes. Les pays de la CEE notamment éprouvent de la peine à tenir un langage commun, entre autres au sujet des matières premières. Toutefois, si la machine de Bruxelles est lourde, ses roues tournent tout de même. Quant aux résultats possibles de la Conférence, il faut relever que certaines propositions faites à Paris sont très anciennes. La vraie négociation commence aujourd'hui même; elle se déroule en groupes restreints, de 3 à 4 personnes de chaque côté, qui déblaieront le terrain. Les participants à la session ministérielle de décembre se trouveront ainsi en mesure de décider de la direction à donner aux travaux à venir. Ceux-ci s'échelonneront sans doute sur plusieurs années.

Monsieur Lepori:

Quel est le rôle de la Suisse à la CCEI? Son activité y est-elle efficace?

Monsieur Jolles:

La Suisse a déployé et déploie une réelle activité au sein de la CCEI. En voici trois exemples. Le premier se rapporte aux investissements internationaux. Notre pays a été à même de proposer la fixation de trois priorités consistant, premièrement, à clarifier les obligations des pays exportateurs de capitaux; deuxièmement, à tenir compte des impératifs des pays en développement; et troisièmement, à s'efforcer d'instaurer plus de transparence dans les investissements. Le second exemple est relatif à l'inflation. La Suisse étant le pays qui, dans le monde industrialisé, a le mieux réussi jusqu'ici à juguler l'inflation, elle peut parler avec une certaine autorité en la matière, et ses avis sont certainement écoutés. Quant au troisième exemple, il concerne l'énergie. La Suisse, porte-parole du Groupe des Huit, a présenté une proposition sur l'approvisionnement en énergie.

Monsieur Schaller:

En fait de matières premières et surtout de pétrole, ne court-on pas le risque d'en voir les prix mondiaux s'indexer? Et, s'il y a indexation, pourra-t-on juguler l'inflation dans le monde? A mes yeux, il y a une alternative: ou bien les pays producteurs et consommateurs de pétrole s'appliquent au premier chef à stopper l'inflation, et il faut alors renoncer à une indexation plus ou moins automatique. Ou bien on admet l'indexation, et il est alors vain d'espérer vaincre l'inflation. En outre, j'aimerais connaître votre opinion sur le problème des stocks régulateurs pour certaines matières premières.



Monsieur Jolles:

Il est peu probable qu'un type ou un autre d'indexation soit retenu étant donné que les pays producteurs de pétrole n'insisteront pas eux-mêmes sur ce point. En effet, si le pétrole était indexé, les producteurs ne pourraient pas revendiquer aujourd'hui 15 % d'augmentation de prix vu que, d'après les calculs d'organisations internationales, les prix d'exportation des produits industriels importés par eux n'ont augmenté que de moins de 5 %. Il ne serait d'ailleurs pas aisé de s'entendre sur la manière de calculer l'indice, puisque les pays pétroliers voudraient inclure leurs propres frais hautement inflationnistes.

Cependant le problème du pouvoir d'achat est réel. Il pourrait, dans l'intérêt réciproque des producteurs et des consommateurs, être résolu par une possibilité d'adaptation périodique des fourchettes de prix à prévoir dans les accords de produits. Ces ajustements qui devraient être convenus d'un accord commun pourraient tenir compte de l'évolution des termes d'échange pour les producteurs des matières premières. Si les mécanismes existants de stabilisation des prix des matières premières n'ont pas fonctionnés, c'est à cause de l'absence de stocks régulateurs ou d'une masse de manoeuvre trop réduite pour permettre de faire un impact sur le marché.

Herr Winterberger:

Ich danke Herrn Jolles für seinen souveränen Ueberblick. Ich nehme diese Auseinandersetzung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sehr ernst, denn es geht primär um den Fortbestand der freien Marktwirtschaft. Damit meine ich nicht, dass die Idee der Marktwirtschaft infolge der gewandelten entwicklungspolitischen Szenerie in Gefahr ist, sondern viel eher ihre realwirtschaftliche Basis. Der gute Ausgang der Konferenz liegt daher sicher im langfristigen Interesse der Schweiz.

Mit Bezug auf die Energiepolitik bin ich der Auffassung, dass auf allen Sektoren und mit allen Mitteln daran gearbeitet werden muss, um von der Erdölabhängigkeit loszukommen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, erpresserischen Preiserhöhungen zu entgehen. Unsere Wirtschaft kann solche Preissteigerungen nicht beliebig oft verkraften. Vor allem in der Rezessionsphase, die noch immer anhält, hat die Ertragskraft der Wirtschaft gelitten. Eine finanziell gesunde und starke Wirtschaft ist indessen die Voraussetzung für einen Staat, an den wachsende Ansprüche gestellt werden.

Was die öffentliche Finanzhilfe betrifft, bin ich mit Ihnen einig, dass wir eine denkbar schlechte Ausgangslage vor uns haben. Sie ist gekennzeichnet durch ein krasses Ungleichgewicht bei den Bundesfinanzen, durch das Mitspracherecht des Volkes bei wichtigen politischen Entscheiden, durch eine Wirtschaft mit einerseits geschmälerter Ertragslage, die sich andererseits zunehmenden Ansprüchen bezüglich Ausbau des Sozialstaates, Agrarschutzes, Umweltschutzes u.a. Faktoren ausgesetzt sieht.



- 7 -

In dieser Konstellation sehe ich wenig Möglichkeiten, den Souverän zu überzeugen, dass Hilfe an Entwicklungsländer zu den Aufgaben gehört, die langfristig im Interesse des Landes liegen. Finanzpolitisch wäre ein Beitrag möglich, und ich frage den Vertreter des Bankwesens, welche Leistungen die Banken als Träger des Finanzplatzes Schweiz erbringen könnten. Dabei bin ich mir bewusst, dass die sinkende Bonität der Entwicklungsländer der Ausschöpfung des schweizerischen Kapitalmarktes Grenzen setzt. Da ich den Verschuldungsgrad der Entwicklungsländer als gravierend erachte, ist es - wenn wir uns die Verschuldungsprobleme Italiens und Grossbritanniens vergegenwärtigen - mindestens fraglich, ob wir mit einer allzu leichten Duldung des Schuldenmachens nicht eine falsche Wirtschaftspolitik fördern, die zwangsläufig in der Inflation enden muss.

Ein weiterer Gedanke, der mich bedrängt, ist der, dass das marktwirtschaftliche System vor allem von Regierungen getragen und verteidigt werden muss, die von ihrer parteipolitischen Färbung her gesehen nicht unbedingt als die berufensten Verteidiger dieses Wirtschaftssystems gelten - beispielsweise die BRD, Grossbritannien, dann Japan und allenfalls auch die USA. Ist es unter solchen Voraussetzungen für die Schweiz überhaupt noch möglich, marktwirtschaftliche Lösungen mit Aussicht auf Erfolg vorzuschlagen, von denen man annehmen muss, dass sie von den übrigen westlichen Partnern - zumindest aus nationaler Sicht betrachtet - als zu bewahrend eingestuft werden?

Herr Jolles:

Herr Winterberger hat mit seiner Bemerkung über die geringen Aussichten, die öffentliche Finanzhilfe zu erhöhen, auf den wunden Punkt hingewiesen. Indessen verfangen unsere Hinweise auf die ungünstige Budgetlage des Bundes in diesem internationalen Gremium nicht. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann liegt in Paris eine Verständigung über die Verstärkung der öffentlichen Finanzhilfe in der Luft. Schon vor Jahren stimmten die Industriestaaten - mit Ausnahme der USA und der Schweiz - dem Vorschlag zu, die öffentliche Finanzhilfe auf 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes zu erhöhen. Bei einer neuerlichen Bestätigung dieses Zieles kommen wir in arge Verlegenheit, da der Anteil unserer öffentlichen Finanzhilfe\* derzeit noch immer bei 0,18 Prozent liegt. Angesichts des negativen Volksentscheides über den IDA-Kredit dürften nunmehr andere Hilfsmassnahmen im Vordergrund stehen. Ich denke dabei an konkrete Projekte zur Förderung der Elektrizitätswirtschaft in Afrika, dies im Sinne einer Diversifikation unserer Exportchancen sowie an die Beteiligung an bestimmten Fonds zur Finanzierung von Bufferstocks. Vermehrt ausgebaut werden sollte auch die Einrichtung des Mischkredites, dessen Merkmal darin besteht, dass neben einer zu Marktbedingungen gewährten privaten Tranche eine öffentliche Tranche zu annähernd zinsfreien Bedingungen zugesichert wird, sodass die gesamte Kreditsumme schliesslich zu einem Vorzugszinssatz eröffnet werden kann.

\*am Bruttosozialprodukt



Im Vordergrund scheint in Paris die Einigung zu stehen, aufgrund der die Fünfte Auffüllung der IDA zu einer prioritären multilateralen Aktion erklärt wird. Dadurch sollen die Mittel der IDA um 9 Mia \$ aufgestockt werden; Leistungen der OPEC-Staaten sind hier ebenfalls vorgesehen. Unser Abseitsstehen von der IDA wird somit noch mehr augenfällig.

Herr Gruber:

Es wäre wünschbar, wenn das Engagement, das der Vorsitzende für die Sache der Entwicklungsländer hier vorgetragen hat, politisch eine grössere Breitenwirkung hätte. In Gesprächen mit privaten Gruppen, die sich für die Entwicklungshilfe einsetzen, wurde wiederholt der Vorwurf geäussert, dass die Handelsabteilung das Gespräch zu diesen Kreisen zu wenig suche. Dabei könnten gerade solche Gruppen mit Erfolg für die Idee der Entwicklungshilfe eintreten. Die Abstimmung über den IDA-Kredit zeigte nämlich eine starke Distanzierung, wenn nicht gar Gegnerschaft dieser Kreise in dieser Frage. Aehnliche Erfahrungen habe ich auch bei einzelnen nationalen und internationalen Gewerkschaften gewinnen müssen, als es darum ging, Verständnis für die berechtigten Anliegen der Entwicklungsländer zu schaffen. Hier wäre eine vermehrte Initiative, die von der Handelsabteilung ausgehen und von den Organisationen der Arbeitgeber oder der Wirtschaft schlechthin aufgegriffen werden könnte, zu begrüssen.

Im übrigen bin ich mir mit dem Erfordernis der Verschwiegenheit über den Verlauf dieser Sitzung nicht ganz im klaren. Angesichts der Bedeutung, die den entwicklungspolitischen Problemen auch für unser Land zukommt, fände ich es bedauerlich, wenn wegen des vertraulichen Charakters, welcher dieser Art Aussprache zugrunde liegt, darauf verzichtet werden müsste, die Ausführungen des Vorsitzenden auszuwerten.

Herr Jolles:

Ich danke Herrn Gruber für die Anregung, auf dem Gebiete der Entwicklungszusammenarbeit eine noch eingehendere Oeffentlichkeitsarbeit zu leisten. So sehr wir eine Verstärkung der Meinungsbildung auch wünschen, so ist doch darauf hinzuweisen, dass wir zeitlich wie personell bis zum äussersten angespannt sind. Einerseits hat die Beanspruchung unserer Abteilung in bezug auf Umfang und Schwierigkeitsgrad an allen Fronten derart zugenommen, dass sie ihre Aufgabe kaum mehr erfüllen kann, und zum anderen müssen wir mit dem Personalstopp leben. Uebrigens ist die Oeffentlichkeitsarbeit primär Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Kreise.

Wenn viele, vorwiegend jüngere und idealistische Gruppen die privatwirtschaftliche Form der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern mit dem Argument kritisieren, dass dadurch die Lage der Entwicklungsländer noch verschlechtert werde, und dem Bund vorwerfen, dass auch seine Hilfe, wenn sie nicht humanitären Charak-



ter habe, unseren eigenen wirtschaftlichen Interessen diene, beruhen diese Meinungsverschiedenheiten auf einer Fehlbeurteilung der Lage. Sie verkennt die wirtschaftliche Interdependenz zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, die dazu führt, dass entwicklungspolitische Massnahmen, wenn sie die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer tatsächlich verbessern, auch in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegen. Diese neue Motivation der Entwicklungszusammenarbeit wird von den Entwicklungsländern selber in den Vordergrund gerückt. Die soziale Komponente wird dadurch nicht vernachlässigt. Entwicklungszusammenarbeit soll sowohl das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer fördern, als auch die Armut der rückständigsten Bevölkerungsgruppen und Länder bekämpfen. Primär sind die Sozialmassnahmen jedoch Aufgabe der entsprechenden Entwicklungsländer selbst.

Die Beratungen unserer Kommission sind vertraulicher Natur, damit die einzelnen Teilnehmer sich frei äussern können. Ich habe jedoch keine Einwände dagegen, wenn die grundlegenden einführenden Voten Ihres Vorsitzenden bei der Informationstätigkeit der Mitglieder der Kommission Verbreitung finden. Als vollständigste Unterlage werde ich Ihnen gerne den Text meines Zürcher Vortrages über "Die Schweiz in den Nord-Süd-Beziehungen" zukommen lassen.

Herr Jacobi:

Die Diskussion über das Darlehen an die IDA ist von der Finanzhilfe des Bundes zu trennen. Im Abstimmungskampf wurde versucht, die IDA-Vorlage auch als Vehikel gegen jegliche Finanzhilfe des Bundes an Entwicklungsländer zu benutzen. Stellt man aber in Rechnung, dass sich nur rund ein Drittel der schweizerischen Stimmbürger über die Zweckmässigkeit eines IDA-Darlehens äusserte, so darf meines Erachtens der Ausgang dieser Abstimmung nicht als Verdikt gegen die Weiterführung der Finanzhilfe überhaupt verstanden werden. Im Mittelpunkt der Argumentation der Gegner stand bekanntlich das Misstrauen in die multilaterale Art dieser Hilfe. Andererseits ist nicht zu bestreiten, dass die Ablehnung der IDA-Vorlage die Arbeit des Bundes auf dem Gebiete der Finanzhilfe erschwert hat. Diese Erschwerung ist auch bei der Ausarbeitung der neuen Botschaft des Bundesrates über die Weiterführung der Technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern, die gestern der Presse vorgestellt worden ist, zum Ausdruck gekommen. In dieser Botschaft werden dem Parlament die Genehmigung eines Rahmenkredites von 240 Millionen Franken für die Weiterführung der Technischen Zusammenarbeit sowie zweier multilateraler Einzelvorhaben von rund 58 Millionen Franken vorgeschlagen. Dieser Rahmenkredit soll die Finanzbedürfnisse des Bundes in diesem Sektor während mindestens 14 Monaten decken. Diese relativ kurze Periode für die Beanspruchung eines Rahmenkredites wurde deshalb gewählt, um bei der angespannten Finanzlage des Bundes dem Parlament "verdaubare" Beträge zu beantragen. Nachdem das Entwicklungszusammenarbeitgesetz, das voraussichtlich Mitte nächsten Jahres in Kraft treten wird, vorschreibt, dass die Beanspruchung öffentlicher Mittel für die Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit künftig nur noch in der



Form von mehrjährigen Rahmenkrediten dem Parlament unterbreitet werden kann, wäre diese Vorlage mit andern Rahmenkrediten zusammengefallen und hätte rasch kritische Grössenordnungen angenommen.

Mme Berthoud:

Il y a lieu d'être étonné des résistances de l'opinion publique suisse à une ouverture aux problèmes du tiers monde. Les réactions négatives qui se sont manifestées à cet égard dans la votation populaire sur le crédit à l'IDA ont-elles été étudiées scientifiquement?

Monsieur Jolles:

Je ne crois pas qu'il y ait eu de sondage ou d'enquête approfondie sur les résultats du scrutin du 13 juin 1976. Il semble qu'on peut parler d'une imperméabilité de larges couches de la population suisse sur le problème général de l'aide au développement, car les mass média, qui ont bien fait leur travail, ont contribué activement et intensément à l'oeuvre de persuasion entreprise à cette occasion par la Division du commerce. Certains signes montrent toutefois l'amorce d'une certaine évolution dans la compréhension des problèmes du tiers monde, du moins au parlement. C'est ainsi que ce dernier se montre très intéressé par la CCEI.

Monsieur Juri:

Je me sens très proche du point de vue de M. Winterberger. Pour ce qui est des préférences douanières accordées aux pays en développement, elles coûteront très peu à la caisse fédérale, mais elles seront tout de même difficilement acceptées par l'opinion. A cet égard, l'incompréhension des milieux ruraux à l'égard du tiers monde est évidente, et une évolution ne sera guère facile.

Herr Pernet:

In jüngerer Zeit ist in Kreisen der Importeure eine gewisse Besorgnis fühlbar geworden. Während die Schweiz noch vor Jahren bereit war, die Aufnahmefähigkeit ihres Marktes in den Dienst der Exportinteressen der Entwicklungsländer zu stellen, scheint sich ein Gesinnungswandel zu vollziehen. Er findet unter anderem in zunehmenden Schutzbegehren aus dem Agrar- und Industriebereich seinen Niederschlag. So scheinen Rücksichten auf kriegswirtschaftliche Ueberlegungen stets breiteren Raum zu beanspruchen. Ich erinnere an Vorstösse im Bereiche der Konservenindustrie, der Glasproduktion und der Stickstoffherzeugung. In Zeiten, in denen nicht damit zu rechnen ist, dass das Schwergewicht der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf den Finanzsektor zu liegen kommt, fällt der Importbereitschaft unseres Landes vermehrte Bedeutung zu. Voraussetzung hierfür ist aber nicht nur die theoretische Bereitschaft, Produkte aus Entwicklungsländern bei uns aufzunehmen, sondern auch der Wille, diese zu kaufen. Mir scheint, dass gerade seitens der Gewerkschaften und Konsumentenorganisationen ein mehreres in dieser Richtung getan werden könnte. Zu denken ist vor allem an Appelle an die Konsumenten, eher auf den inneren



- 11 -

Gehalt der Produkte aus Entwicklungsländern abzustellen, als die Ansprüche an eine lediglich äussere Gestaltung der Produkte zu hoch zu schrauben, eine Gestaltung, auf welche diese Lieferländer aus naheliegenden Gründen weniger Gewicht legen können.

Monsieur Bauer:

Je prends très au sérieux les préoccupations de notre président. Durant la période de prospérité, l'opinion publique suisse était indifférente aux grands problèmes politiques, mais cela permettait au moins à nos autorités d'agir. Actuellement, il en va autrement. Il y a un déphasage entre les impératifs de la situation internationale et les préoccupations quotidiennes de l'homme de la rue: l'opinion publique ne se soucie nullement des problèmes à moyen et long termes. On ne voit pas que les problèmes de demain ne sauraient être résolus si le simple citoyen s'en désintéresse. On tend à retourner au protectionnisme et à l'isolationnisme de jadis, ce qui est dangereux dans un monde où les peuples sont de plus en plus interdépendants. Les responsables du pays doivent s'efforcer de secouer le scepticisme, la morosité, l'apathie, l'indifférence voire l'hostilité de l'opinion. L'Administration fédérale, malgré le stop qui frappe l'effectif de son personnel, a le devoir de faire quelque chose à cet égard, notamment par des actions ponctuelles.

Herr Jolles:

Ich danke Herrn Bauer für diesen Hinweis. Der Ausgang verschiedener Abstimmungen hat indessen gezeigt, dass die Einflussnahme der Verwaltung ihre Grenzen hat und demnach nicht überschätzt werden sollte. Die Verantwortung der Handelsabteilung im besonderen liegt bei den internationalen Verhandlungen. Diese erfordern heute mehr denn je die direkte Teilnahme der Abteilungsleitung. Wir können uns international nur noch durchsetzen, wenn diese bereit ist, mit ihrem ganzen Gewicht aufzutreten. So zum Beispiel habe ich selbst die Oberleitung im Nord-Süd-Dialog übernehmen müssen. Die Beanspruchung bewegt sich dabei vielfach an der Grenze der physischen Belastbarkeit. Ähnlich geht es auch meinen engsten Mitarbeitern, die ständig an der Aussenfront stehen. Hinzu kommt unsere Belastung an der inneren Front, die ebenfalls den Zwang mit sich bringt, dass sich die Spitze der Abteilung im grösstmöglichen Masse einsetzt. Ein Nachlassen dieser Belastung ist jedenfalls kurzfristig nicht zu erwarten. Darüber hinaus hat die Erfahrung gelehrt, dass der Einfluss der Verwaltung auf die Haltung der Stimmbürger begrenzt ist. Ein hoher Einsatz kann durchaus kontraproduktiv wirken, dann nämlich, wenn der Eindruck entsteht, die Verwaltung würde Propaganda betreiben. Demgegenüber gebührt es auch den politischen und wirtschaftspolitischen Kreisen unseres Landes, das Ihrige zur entwicklungspolitischen Meinungsbildung beizutragen.



Monsieur Bauer:

Dans les années soixante, la compagne engagée pour convaincre l'opinion suisse du bien-fondé de la négociation avec le Marché commun a été très efficace. Pour résoudre les problèmes actuels, l'Administration fédérale se doit de faire le nécessaire dans le même sens. C'est à elle qu'il incombe d'abord et surtout d'étudier les voies et moyens pour surmonter la récession.

Herr Sarasin:

Die Zusammenarbeit mit gewissen Entwicklungsländern begegnet leider in vielen Fällen grossen Schwierigkeiten, die Zweifel entstehen lassen, ob ein Wille zu echter Partnerschaft besteht. In jüngerer Zeit musste die Versicherungsbranche zusehen, wie verschiedene Entwicklungsländer, unter anderem Indien und Tunesien, Teile des Versicherungswesens verstaatlichten und sich weigerten, die entsprechenden Guthaben des Auslandes zurückzahlen. Als sich schweizerische Versicherer bereit erklärten, ihre - bereits abgeschriebenen - Forderungen gegenüber dem nationalisierenden Staat ohne Gegenleistung an private schweizerische Entwicklungshilfe-Organisationen abzutreten, in der Meinung, diese in den Genuss einer allfälligen Nationalisierungsschädigung zu bringen, wurde auch eine solche Aktion von den nationalisierenden Staaten nicht anerkannt.

Herr Jolles:

Es ist naheliegend, dass solche Ereignisse, die zugegebenermassen nicht gerade für eine <sup>grosse</sup> politische Vernunft dieser Länder sprechen, unseren Willen schmälern, mit diesen Staaten ernsthaft zusammenzuarbeiten. Andererseits ist jedoch zu bedenken, dass es sich durchwegs um junge Staaten handelt, deren politische Vernunft sich nicht auf wohlgefestigte Kräfteverhältnisse abstützt. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass es durchaus seine Berechtigung hat, wenn sich die Schweiz im Nord-Süd-Dialog für eine Förderung der Rechtssicherheit in den Entwicklungsländern einsetzt und hier auch ihren Beitrag zu leisten versucht, wobei wir uns vor Augen halten, dass es sich hier um eine langfristige Erziehungsarbeit handelt.

Herr Gruber:

Ich möchte an der Informationspolitik Ihrer Abteilung anknüpfen und die Frage stellen, ob über die Verhandlungen in Paris, die ihrem Ende entgegengehen, nicht an einer Pressekonferenz eine Uebersicht über diesen gesamten Fragenkomplex gegeben werden könnte.

Herr Jolles:

Eine derartige Information der Presse ist beabsichtigt. Allerdings stossen wir auch hier auf gewisse Grenzen. Wie bereits erwähnt haben wir gestern gemeinsam mit dem Eidg. Politischen Departement der Presse die neue Botschaft über die Weiterführung



der Technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vorgestellt. Da wir auch Background-Informationen über gewisse aktuelle Probleme, die im Nord-Süd-Dialog zur Sprache kommen, vermitteln wollten, legten wir Wert auf die Beteiligung der Wirtschaftspresse. Unsere Initiative wurde indessen nicht geschätzt, sondern seitens der "Bundeshauspresse" als unfreundlicher Akt bewertet.

Herr Winterberger:

Ich kann bestätigen, dass aus Kreisen der Wirtschaft nicht noch eine weitere Oeffentlichkeitsarbeit über diese entwicklungs politischen Zusammenhänge betrieben werden kann. Es ist sicher Aufgabe anderer Kreise, hier ein stärkeres Engagement zu zeigen. Es ist für Sie nicht neu, dass die Risikobereitschaft der Unternehmer angesichts der eigentlichen Flut von Begehren und Einschränkungen, wenn nicht im Sinken begriffen, so doch eigentlichen Belastungsproben ausgesetzt ist. Unsere direkte Demokratie treibt einer Ueberforderung entgegen, wenn es nicht gelingt, vermehrt Mass zu halten - zum Beispiel bei der Einreichung von Initiativen. Nur auf diese Weise wäre es möglich, Kräfte freizusetzen für die Lösung anderer Aufgaben. Die Förderung des Entwicklungshilfegedankens verlangt vermehrten persönlichen Einsatz, sie setzt aber auch eine breite Basis an Fachwissen voraus, das beispielsweise auf der Stufe der Handelskammern nicht vorausgesetzt werden kann; letztlich ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Entwicklungshilfe leider noch immer als eine wenig populäre Sache beurteilt wird.

Herr Jolles:

Ich hoffe, Sie haben ein eindrückliches Bild erhalten über die Aktualität des Nord-Süd-Dialoges, über dessen Probleme sowie über die Richtlinien, denen die schweizerische Delegation bei ihrem Beitrag zum Gelingen der Konferenz folgt. Der heutigen Diskussion entnehme ich Uebereinstimmung im Urteil, wonach der Ausgang dieser Konferenz auch für unser Land von Bedeutung ist, und dass es demzufolge wesentlich ist, auch eine breitere Oeffentlichkeit unseres Landes mit den Problemen dieser Konferenz vertraut zu machen. In diesem Sinne soll ein Hinweis in die Pressemitteilung über diese Aussprache aufgenommen werden.

### III. Europäische Zusammenarbeit

Herr Jolles:

Unter diesem Traktandum habe ich nichts grundlegend Neues zu berichten. Die Integration im Rahmen der EG leidet - wie Sie wissen - an einem wesentlichen Tempoverlust. Rückschläge bei der Verwirklichung des wirtschaftspolitischen Konzeptes der Gemeinschaft sind auf mehreren Gebieten feststellbar. Die Erweiterung von sechs auf neun Mitglieder hat nicht zu einer grösseren Kohäsion beigetragen, das Gegenteil ist der Fall. Aus politischen Gründen wird nun versucht, den Bogen weit zu spannen und Griechenland, Spanien und allenfalls auch Portugal in den Bereich der EG



- 14 -

einzubeziehnen. Dieser Schritt, wie immer er im einzelnen auch ausgestaltet werden wird, dürfte die Heterogenität eher noch erhöhen. Diese Entwicklung ist für uns als Partner in Form eines Freihandelsabkommens nicht erfreulich, weil wir ein Interesse an einem möglichst starken, innerlich gefestigten Partner haben. Hieraus ergibt sich die Konsequenz, dass es im jetzigen Zeitpunkt verfehlt wäre, uns für einen Beitritt in eine verwässerte EWG zu entschliessen. In diesem Punkte dürfte unsere Auffassung auch auf weitgehende Uebereinstimmung innerhalb der EFTA stossen.

Im Vorfeld der nächsten Ministertagung des EFTA-Rates von Mitte November ist von österreichischer Seite die Idee eines Gipfeltreffens aufgegriffen worden. Hierüber entstand ein Rätselraten über den Sinn einer derartigen Demonstration. Soweit wir die Lage beurteilen, besteht auf Seiten Oesterreichs das Bedürfnis nach einer Profilierung der EFTA. In Wien empfindet man angesichts des Spannungsfeldes USA-Japan-EG das Gefühl des Uebergangens. Die Meinung herrscht offenbar vor, dass der Augenblick gekommen wäre - Vollzug der Zollfreiheit der EFTA mit den EG am 1. Juli 1977 - international zu manifestieren, dass es neben der EG noch andere europäische Kräfte gibt. Nach schweizerischer Auffassung kann jedoch nicht die Absicht bestehen, der EFTA grundlegend neue Aufgaben zu übertragen oder das Vertragsverhältnis zur EG im Sinne einer institutionell engeren, auf einen späteren Beitritt ausgerichteten Weise zu verändern. Eine Weiterentwicklung im Sinne pragmatischer Lösungen wäre jedoch zum Schutze des Freihandels gegen störende Einflüsse und der Ausdehnung der Zusammenarbeit auf weitere Gebiet möglich und erstrebenswert. Zum Beispiel sollte die freie Einfuhr durch Gewährleistung der freien Ausfuhr ergänzt werden, ein Postulat, das durch die Versorgungsengpässe im Laufe des Jahres als Folge der Dürre einen konkreten Inhalt gewonnen hat. Ferner wird auch an den Abbau der nichttarifären Handelshindernisse, an eine Harmonisierung im Normenwesen, bei Ursprungsregeln und im staatlichen Einkaufswesen gedacht. Schliesslich ergibt sich aus der Abrundung des Einflussbereiches der EG, die sich im Mittelmeerraum in Form von Präferenzabkommen mit Griechenland und Spanien vollzieht, eine Diskriminierung für die EFTA-Staaten. Um negative Rückwirkungen auf den Aussenhandel der EFTA-Staaten zu vermeiden, sollte parallel zu diesem Präferenzabkommen der EG ein EFTA-Zollabbau mit diesen Ländern im Gleichschritt ausgehandelt werden.

Herr Pernet:

Dem Vernehmen nach sollen in der EFTA Bestrebungen in Richtung Harmonisierung der Sozialpolitik im Gange sein.

Herr Jolles:

Es ist richtig, dass gewisse Vorstellungen in dieser Richtung bestehen. Ich bin allerdings überzeugt, dass materiell wenig dahinter steckt. Nach wie vor stellt die EFTA ein handelspoliti-



sches Uebereinkommen dar, dessen Zielsetzung in der Ueberwindung der Zolldiskriminierung im europäischen Raum besteht. Im Gegensatz zum Römer-Vertrag mit seinen eindeutigen politischen Komponenten würde die EFTA keine Grundlage für die Führung einer gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs-, Fiskal- und Sozialpolitik bilden. Hinzu kommt, dass in der EFTA die wirtschaftliche Interdependenz - allein schon infolge der grossen geographischen Trennung - wesentlich geringer ist als in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Auch fehlt eine eigentliche Bewusstseinsbildung auf politischem Gebiete, die wesentlich wäre, um tiefergehende Gemeinsamkeiten zu finden und anzustreben. Aus schweizerischer Sicht kommt daher eine solche Vergemeinschaftung nicht in Frage, und unseres Wissens wird sie auch von der neuen schwedischen Regierung nicht beabsichtigt.

Herr Gruber:

Der Vorschlag auf Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ging vom europäischen Gewerkschaftsbund aus, der auch ein Programm hierfür ausgearbeitet hat.

An tripartiten Aussprachen, an denen Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeberorganisationen und der Regierungen des EWG-Raumes teilgenommen haben, werden jeweils diese Probleme erörtert. Da der europäische Gewerkschaftsbund ganz Westeuropa umspannt, ist das Bedürfnis entstanden, derartige Gespräche auch ausserhalb des EWG-Raumes aufzunehmen. So ist der Wunsch geäussert worden, in einem Konsultativausschuss der EFTA unter Beteiligung von Regierungsvertretern Fragen der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Beschäftigung, zu erörtern. Damit soll versucht werden, auch in diesen Ländern einen konstanten Druck auf das wirtschafts- und vor allem sozialpolitische Geschehen auszuüben.

Herr Jolles:

Entscheidend scheint mir, die qualitativen Unterschiede zu beachten, die zwischen einer Freihandelsassoziation einerseits und einer Wirtschaftsgemeinschaft andererseits bestehen, die auf vertraglich festgelegte wirtschaftspolitische Ziele ausgerichtet ist. In Berücksichtigung dieses grundlegenden Unterschiedes ergeben sich meines Erachtens ebenso grundlegend andere Ansatzpunkte, um beispielsweise Probleme sozialpolitischer Natur zu lösen.

Herr Winterberger:

Es ist wichtig, dass hier Pfähle eingeschlagen werden. Tatsächlich ist die EFTA wenig geeignet, derartige wirtschaftspolitische Probleme zu lösen. Die Trennungslinie zwischen einer geschlossenen Gemeinschaft und einer lockeren Freihandelsassoziation ist meines Erachtens klar gezogen, weshalb Gespräche dieser Art höchstens ad-hoc abgehalten und nicht institutionalisiert werden sollten.



- 16 -

Herr Jolles:

Zum Abschluss der Sitzung möchte ich diejenigen anwesenden Mitglieder verabschieden, die auf Jahresende aus unserer Kommission ausscheiden werden. Es sind dies die Herren Nationalrat Rudolf Suter und Dr. Max Oetterli. Namens der Kommission danke ich diesen beiden Herren für ihre langjährige Mitarbeit in diesem Gremium und hoffe, dass wir noch manche Gelegenheit des Zusammentreffens haben werden. Ein besonderer Gruss geht auch an Herrn Dr. Rudolf Sarasin, Basel, der die Nachfolge von Herrn Dr. Zoelly übernommen hat. Ich hoffe, dass er sich in unserem Kreise wohl fühlen wird.

Schluss der Sitzung: 12.50 Uhr